

## **Episode Trump –Intermezzo oder Menetekel?**

### Die neokratische Sicht

Selten war die Erleichterung über ein politisches Ereignis so groß wie über die Abwahl Donald Trumps. Selten war auch das Bedürfnis so stark, eine politische Episode schnellstmöglich ad acta zu legen. Trump sei nur ein Betriebsunfall der Demokratie gewesen, so wollte man glauben, der sich, wenn überhaupt, nur selten und kurz wiederholen könne. Auf ein systemisches Defizit der Demokratie jedenfalls lasse die Trump-Episode nicht schließen, zumal sie im regulären demokratischen Verfahren beendet wurde. Der Fall Trump sei daher für die Demokratie nicht etwa ein Menetekel, er sei nur ein bedauerliches und zugleich lehrreiches Intermezzo.

Diese Deutung mag beruhigend wirken, aber sie ist doch oberflächlich und leichtfertig. Sie ignoriert festgefügte Mechanismen, die Trump und Seinesgleichen immer wieder zu Wahlerfolgen in demokratischen Staaten verhelfen. Diese Mechanismen werden bleiben, auch wenn populistische Episoden wie die Trump-Jahre halbwegs glimpflich zu Ende gehen.

#### *Das Dilemma der Wähler*

Wie kann es sein, dass die Wähler einer Figur wie Trump willentlich zur Macht verhelfen? Wie kommen Wähler darauf, einer wie Trump werde im Großen und Ganzen, über alle Politikbereiche hinweg, eine gute oder gar die denkbar beste Politik betreiben? Er werde für die gegenwärtigen Bürger Gutes tun, er werde das Nötige und Mögliche für die Lösung der langfristigen politischen Probleme leisten und er werde die Beziehungen zu anderen Ländern konstruktiv gestalten.

Die Antwort hierauf ist natürlich, dass die allermeisten Wähler sich mit einer viel simpleren Willensbildung begnügen. Sie tun dies nicht vorsätzlich oder leichtfertig, sie tun es, weil sie die eigentlich notwendigen Abwägungen aus eigener Kraft gar nicht treffen könnten. Eine die ganze Politik umspannende

Abwägung, die in eine vernunftbegründete Entscheidung für eine einzelne Partei oder einen einzelnen Kandidaten münden könnte, würde die Wähler systematisch überfordern.

Mit dieser Überforderung wollen die Wähler so wenig wie möglich konfrontiert werden. Erreichen können sie dies, indem sie die eigentliche Komplexität der Wahlabwägung schlicht negieren oder weitestmöglich ausblenden. Hiervon sind auch die klügsten und bestinformierten Wähler nicht ausgenommen. Auch sie müssen, um über die Politik als ganze eine halbwegs rational erscheinende Wahlentscheidung treffen zu können, die hierfür notwendige Abwägung stark vereinfachen. Und weil letztlich die gesamte Wählerschaft dies tun muss, müssen auch Politiker und Parteien dieses Vereinfachungsspiel mitspielen. Sie müssen so tun, als wäre alles viel einfacher, als es ist.

### *Drei Irrwege zur vereinfachten Wählerentscheidung*

Die Willensbildung der Wähler ließe sich auf vielerlei Weise vereinfachen, aber drei Methoden stehen dabei immer wieder im Vordergrund. Die erste, naheliegendste Methode ist die Beschränkung der Wählerabwägung auf eine Personenauswahl. Dabei wird den Wählern suggeriert, eine zur Wahl stehende Person werde sämtliche politischen Aufgaben bestens erfüllen, mit Sachfragen brauchten sie sich daher nicht näher zu befassen. Diese Vereinfachung erscheint natürlich umso glaubwürdiger, je mehr Charisma die zur Wahl stehende Person aufzubieten hat. Eine in diesem Sinne charismatische Figur war für einen Großteil der Wähler offenkundig auch Donald Trump. Die Wahl 2016 zwischen Trump und Hillary Clinton war insofern eine solche Personenwahl, bei der politische Sachthemen für einen Großteil der Wähler eine relativ geringe Rolle spielten.

Die zweite und mindestens ebenso verbreitete Methode zur Vereinfachung der Wählerabwägung ist die Übertreibung und Überhöhung eines politischen Einzelthemas. Dies kann in Wahlkampfzeiten alle anderen politischen Sachfragen weit in den Hintergrund treten lassen und teilweise ganz aus dem politischen Bewusstsein verdrängen. Auch Donald Trump hat dies in seinem Wahlkampf 2016 mit sicherem politischem Instinkt praktiziert, wobei das Projekt des Mauerbaus auf der Grenze zu Mexico eine wichtige Rolle spielte. Für solche Überhöhung und Übertreibung von Einzelthemen bieten sich

immer wieder aktuelle Anknüpfungen an, so in jüngerer Zeit z.B. Zuwanderung, demographische Entwicklung, konfessionelle, ethnische und kulturelle Abgrenzung, politische Sinnstiftung, soziale Spaltung, Abtreibung oder Geschlechterdiversität.

Die dritte – und mutmaßlich unheilträchtigste – Methode, Wählerabwägungen zu vereinfachen, ist die Bündelung politischer Sachthemen in großen, von Parteien vereinnahmten oder neu geschnürten Ideologiepaketen. Dabei wird den Wählern suggeriert, die jeweiligen Ideologien bündelten die besten politischen Analysen und Rezepte zu einem optimalen Ganzen. Der Wähler könne daher auf das jeweilige Ideologiepaket vertrauen, ohne sich mit dessen Bestandteilen näher zu befassen. Dabei wird zudem versucht, Ideologien möglichst stark emotional aufzuladen, um die Wähler möglichst eng und dauerhaft hieran zu binden. Donald Trump hat sich zu diesem Zweck eines vorhandenen Ideologiepakets der republikanischen Partei bedient und dieses inhaltlich und rhetorisch zu seiner Person passend modifiziert. Dabei wurden Ideologie und Rhetorik weiter zugespitzt, politische Feindbilder überzeichnet und fingiert und die Polarisierung der politischen Öffentlichkeit damit weiter vertieft.

In diesem Sinne war Trumps ideologischer *America first*-Slogan ein populistisches Bravourstück. Für einen großen Teil der Wählerschaft fasste dieser simple Slogan das große Ganze der Politik überzeugend zusammen. Damit war ein eingängiges Ideologiepaket geschnürt, das seinen Anhängern die Komplexität des großen Ganzen vom Leib hielt und genau die Simplizität vorgaukelte, die Bürger in einer zunehmend komplexeren politischen Welt immer mehr vermissen. Zugleich wurden damit die nationalen Interessen Amerikas derart überhöht herausgestellt, dass andere Themenbereiche umso müheloser ausgeblendet wurden. Dies war zudem genau die Art von Ideologie, die Trump als Person am überzeugendsten verkörpern konnte. Person, Ideologie und Rhetorik fügten sich zu einem für viele Wähler unwiderstehlichen allumfassenden Politikangebot.

Unwiderstehlich war dies, weil es die Wähler vor der Überforderung durch eine überkomplexe politische Realität zu bewahren schien. Diese Überforderung der Wähler resultiert zwar aus einer vorgegebenen Komplexität der politischen Verhältnisse, aber dies macht sie keineswegs unabänderlich. Das Ausmaß der Überforderung hängt vielmehr mit einer

alten Grundregel der bestehenden Demokratie zusammen und ist daher so wenig unabänderlich wie diese alte Regel.

### *Wahlen in der Demokratie – eine Zumutung für die Wähler?*

Das elementarste Funktionsprinzip der herkömmlichen Demokratie war von jeher und ist bis heute das gleiche: Die Bürger stimmen in gewissen Abständen mit nur einer Stimme über das Ganze der Politik ab. Sie machen ein Kreuz auf einem Wahlzettel, mit dem sie bekunden: Diese Partei oder diese Person soll für uns das Ganze der Politik gestalten. Sie soll dies in meinem Interesse tun, im Interesse des Gemeinwohls und, wo erforderlich, im Interesse künftiger Generation. Und sie soll es in allen Politikbereichen zugleich tun, von der Wirtschafts-, der Sozial-, der Sicherheits-, der Bildungs- und der Umweltpolitik bis hin zur Gesundheits- und Verkehrspolitik und den weiteren Politikressorts. Diese extrem komplexe, sämtliche Politikbereiche betreffende Aussage in einem Kreuz auf einem Wahlzettel bündeln zu sollen ist natürlich eine Herausforderung. Richtiger gesagt: Es ist eine Zumutung. Es stellt Wähler vor eine in Wahrheit unlösbare und damit unzumutbare Aufgabe. Subjektiv gelindert wird diese Zumutung nur durch die hier genannten Mechanismen, die eine reale Komplexität in eine scheinbare Simplizität umdeuten. Diese Simplizität ist eine Täuschung und Selbsttäuschung, aber nur sie hält das bestehende demokratische System in einer politisch hoch komplexen Welt noch funktionsfähig.

Wenn ein Trump seinen Wählern politische Übersichtlichkeit vorgaukelte, mit seinem *America first* und seiner Reduzierung von Politik auf ein permanentes Dealmaking, vollzog er daher nur, was die Regeln der bestehenden Demokratie nahelegen. Schon deswegen darf man sich nicht wundern, welche Erfolge Populisten wie Trump in demokratischen Wahlen immer wieder erzielen. Dabei unterscheiden sich die Trumps dieser Welt in ihren Methoden nicht fundamental von anderen demokratischen Politikern, sie folgen nur den Mechanismen dieser Demokratie um einiges konsequenter. Eben diese Mechanismen sind es letztlich, die den Trumps & Co. die Bühne für ihr populistisches Treiben bereiten.

### *In den Fesseln des Populismus*

Den Zwängen zur populistischen Vereinfachung sind in der bestehenden Demokratie alle Politiker und Parteien unterworfen. Je komplexer die

politische Wirklichkeit, desto drastischer – und skrupelloser – müssen Politiker und Parteien daher Komplexität unterschlagen und Simplizität simulieren. Diese Zwänge werden nicht verschwinden, nur weil ein so prominenter Populist wie Trump von der politischen Bühne abtritt. Sie werden, im Gegenteil, bei wachsender Komplexität der Verhältnisse immer stärker werden. Die Auseinandersetzung mit erstarkenden populistischen Kräften wird daher die Politik demokratischer Staaten auch in Zukunft prägen und entsprechend negativ auf deren intellektuelles Niveau einwirken.

Wo politische Debatten auf so niedrigem Niveau geführt werden, besteht immer auch ein Risiko, dass aus populistischen Bewegungen heraus Gewaltbereitschaft und Terror erwachsen. Das populistisch vereinfachte Weltbild legt entsprechend einfache politische Feindbilder nahe, und es nährt damit die Illusion, politische Probleme seien allein mit Gewalt gegen derart imaginierte Feinde lösbar. Diese Feinde können Personen oder Personengruppen, aber es können auch Ideen, Ideologien und Institutionen sein. Eine überkomplexe Welt erscheint übersichtlicher, wenn man z.B. den Staat, die Globalisierung, den Kapitalismus, die Wirtschaft, den Sozialstaat, den Liberalismus, den Nationalismus, den Multilateralismus oder gar die Gesellschaft oder Teile davon samt ihrer Institutionen und Repräsentanten zum Feind erklärt, und erst recht, wenn Gewalt gegen diese erklärten Feinde gerechtfertigt oder gar gefordert wird. Aus dem an sich arglosen Bedürfnis nach Übersichtlichkeit können so mörderische Ideologien erwachsen, seien es rechts- oder linksextremistische, religiös-fundamentalistische oder anderweitig inspirierte.

Dennoch gehen vom Populismus, auch dem extremistischen, für die bestehende Demokratie nicht unbedingt existenzielle Gefahren aus. Dafür ist der Populismus zu sehr von Einzelpersonen, von Stimmungen und von kurzlebigen Übertreibungen abhängig und damit von vergänglichen Voraussetzungen. Die Demokratie bleibt aber vom zunehmenden Zwang zur Simplifizierung, Personalisierung und Ideologisierung einer überkomplexen Politik in ihrer Entwicklung bedrängt. In einem solchen Umfeld streben vor allem solche Personen politische Ämter und Mandate an, die diese Überforderung nicht durchschauen und sich von den Zwängen zur Simplifizierung, Personalisierung und Ideologisierung nicht schrecken lassen, Menschen also, die weiter daran glauben, eine Person oder Partei

könne das große Ganze der Politik beherrschen. Dies hat zur Folge, dass demokratische Politik ihr aktives Personal nicht aus dem bestmöglichen Reservoir schöpfen kann. Auch deswegen bleibt sie zwangsläufig – und bestenfalls – in Mittelmäßigkeit befangen.

Wahr ist indes auch, dass populistische Episoden zumeist nur begrenzten, in überschaubarer Zeit reparablen politischen Schaden anrichten. Dies gilt auch für die Episode Trump mit all ihren Rückschritten in der Klimapolitik, der Gesundheitspolitik, der Sozialpolitik, der Steuerpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik und anderen Bereichen. Aber allein schon die hierdurch genährte Illusion, die Politik brauche nur wieder anzufangen, wo sie vorher aufgehört habe, kann großen Schaden anrichten. Sie kann das politische Denken weit über die populistische Episode hinaus stagnieren lassen.

#### *Erlösung vom Populismus - ein neokratisches Projekt*

War Trumps Amtszeit also nur ein singuläres kurzes Intermezzo, oder ist sie doch ein weit vorausweisendes Menetekel? Wenn sie nur ein Intermezzo war, dann doch eines, das sich in den meisten Teilen der Welt jederzeit wiederholen kann. Die Mechanismen der herkömmlichen Demokratie können immer neuen Trumps zu demokratischen Mehrheiten und damit zur Macht verhelfen. Aber auch unabhängig davon können demokratische Verfahren natürlich großem Unheil den Weg bereiten bis hin zu Kriegen, Bürgerkriegen, Völkermorden und Klima- und anderen menschengemachten Katastrophen.

Der fundamentale Systemfehler der herkömmlichen Demokratie liegt darin, dass Wähler über das große Ganze der Politik mit einer einzigen Stimme entscheiden. Dies macht wirklich rationale, rein sachlich begründete Entscheidungen in einer immer komplexeren Welt faktisch unmöglich. Es zwingt dazu, das große Ganze der Politik zu personalisieren und thematisch zu verkürzen und es in eine ganzheitliche Ideologie zu kleiden, die aber Übersichtlichkeit allenfalls noch simulieren kann. Das Ziel muss daher sein, einer hochkomplexen politischen Realität mit neuen Methoden eine verständliche Übersichtlichkeit abzugewinnen.

Genau diesem Ziel, in einer hochkomplexen politischen Realität für neue Übersichtlichkeit zu sorgen, dient die so genannte neokratische Staatsordnung. In einer solchen Ordnung gäbe es keine Staatsorgane, keine

Personen und keine Parteien mehr, die für das große Ganze der Politik zuständig sind. Es gäbe nur noch Staatsorgane, Parteien und Personen, die jeweils überschaubare Teilbereiche der Politik verantworten. (S. hierzu einführende Texte z.B. in der *Neokratie-Fibel* in [www.neopolis.info.de](http://www.neopolis.info.de). Weiteres unter [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de) und [www.neokratieverfassung.de](http://www.neokratieverfassung.de)).

In einem neokratischen Staatswesen wären die Bürger von der Zumutung erlöst, sich über das große Ganze der Politik ein zusammenfassendes Urteil zu bilden und dieses in eine singuläre Wahlentscheidung umzusetzen. Damit gäbe es in solcher Staatsordnung keinen Bedarf mehr für ganzheitliche, die Politik als ganze umspannende Ideologien. Es gäbe auch kein Bedürfnis nach Feindbildern mehr, auf die sich der gebündelte Unmut über ein allgemeines Politikversagen projizieren ließe. In solcher Staatsordnung gäbe es daher für Populisten mit ihren herkömmlichen Ideologien keine Bühne mehr. Der populistische Spuk, wie er herkömmliche Demokratien immer wieder heimsucht, wäre gebannt.

Für die Demokratie, wie wir sie kennen, mögen Populisten wie Trump also tatsächlich Menetekel sein. Für alternative Demokratieformen dagegen, speziell für die neokratischen, werden die Erfahrungen mit Trump und Seinesgleichen die Chancen auf lange Sicht umso mehr steigen lassen.